

Er hat dem Ganzen eine hohe Priorität eingeräumt. Mit dem Programmverantwortlichen hat man am Anfang einmal gesprochen, dann hat er nicht mehr mitgemacht. Er hat seine Mitarbeit aufgekündigt.

Im zweiten Teil Ihres Schlußberichts, der am 27. Oktober veröffentlicht wurde, ging es um die Manipulation des Programms durch die Unternehmen. Es werden 2200 Firmen, darunter auch deutsche, genannt. Was wirft die Kommission ihnen genau vor? Bestechlichkeit oder das Unterlaufen von Sanktionen?

Vorgeworfen werden ihnen illegale Zahlungen (illicit payments), entweder im Ölbereich – da verwenden wir das Wort ›surcharges‹ – oder im humanitären Bereich die ›kickbacks‹. Das sind Zahlungen, die außerhalb des Treuhandkontos gelaufen sind, und daher Sanktionsverletzungen darstellen. Je nach Rechtsordnung können die auch unter Betrug fallen oder auch vereinzelt unter Bestechung. Das hängt davon ab, wer der Empfänger ist. In den meisten Fällen war es die irakische Zentralbank. Da fällt es schwer, von Bestechung zu sprechen, weil die Grundidee der Bestechungstatbestände doch ist, daß bei Bestechung eine Privatperson für eigene Interessen Geld nimmt. Allerdings kann es gut sein, daß dies in gewissen Rechtsordnungen als Bestechung angesehen wird, in allen Staaten aber auf jeden Fall als Sanktionsverletzung. Die meisten Staaten haben diesbezügliche Strafbestimmungen gehabt.

Sie fordern, daß in Deutschland und auch in anderen Staaten die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Das muß ich ein bißchen korrigieren. Ich habe gesagt, als Strafrechtler besteht ein Anfangsverdacht, und wir als Kommission stellen das Material zur Verfügung. Man kann es bei uns abholen. Aber wir betreiben keine Verfahren, und es ist auch nicht meine Aufgabe, jetzt den deutschen Staatsanwaltschaften zu sagen, sie sollten ermitteln. Das haben die Medien daraus gemacht. Das habe ich nie gesagt.

Aber es wäre natürlich eine logische Schlußfolgerung. Ich könnte das verstehen, ja.

Wie sehr sehen sie das Ansehen der UN durch diesen Skandal in Mitleidenschaft gezogen. Wie sehr sind die UN selbst schuld an dem Aufsehen?

Die UN waren natürlich auch das Opfer einer gezielten Kampagne, zunächst vor allem in den USA. Und das Peinliche ist, daß die Kampagne in der Sache zum großen Teil Recht bekommen hat. Das war ja eigentlich auch wahrscheinlich unsere Motivation, hier einmal ganz genau hinzuschauen und den Vorwürfen kritisch gegenüberzustehen. Es war für ernüchternd, daß wir feststellen mußten, daß vieles, was behauptet wird, richtig war. Das heißt, die UN trägt einen großen Teil der Verantwortung dafür. Vielleicht ist richtig, was Kofi Annan gesagt hat, daß man das Programm eigentlich nie hätte machen dürfen.

Aber Sie sagten vorhin, daß wieder ähnliche Programme in Zukunft nötig sein werden. Die UN können sich ja solchen Anfragen ...

... nicht völlig entziehen, nein, das ist richtig. Man kann sich nicht völlig entziehen, vor allem, wenn es um Projekte wie Katastrophenhilfe geht. Es gibt niemand anderes, der so etwas koordinieren könnte. Das heißt, es gibt nur eine Möglichkeit, nämlich die, entsprechende Strukturen, die eine gute Aufsicht sicherstellen, vorweg schon zu schaffen.

Also mehr Vorsorge, das heißt jetzt schon die Regeln schaffen, die dann im Notfall schnell angewendet werden können.

Man könnte, ähnlich wie man es inzwischen bei der Friedenssicherung macht, im Grunde auch bei der Katastrophenvorsorge oder bei ähnlichen Projekten vorsorglich eine Grundstruktur schaffen, die ihren Namen verdient. Es gibt bei den UN zwar entsprechende Abteilungen, sie sind aber viel zu klein und zu wenig durchstrukturiert.

Hat die UN zu wenig Mitarbeiter?

Das ist nicht unbedingt das Problem, glaube ich. Es ist vielmehr die Frage der Kompetenz, die richtigen Leute zur richtigen Zeit am richtigen Ort und die richtigen Verfahren. □

Das Gespräch fand am 17. November in Berlin statt. Die Fragen stellte Anja Papenfuß.

Zehn Jahre Welthandelsorganisation

Ein Grund zum Feiern

CLAUDIA DECKER

»Dieses Jahr begehen wir das zehnjährige Jubiläum der WTO. Das ist für uns ein Anlaß, einen Blick zurück auf die vergangenen zehn Jahre zu werfen und uns zu überlegen, wie wir die Dinge, die wir gut gemacht haben, beibehalten und verbessern, und gleichzeitig die Bereiche in Angriff nehmen, wo wir noch besser werden können. Aber es ist auch ein Anlaß, den man feiern sollte, denn heute, zehn Jahre nach ihrer Gründung, ist die WTO so relevant und wichtig wie nie zuvor. [...] In unserer Organisation werden Handelsstreitigkeiten auf eine systematische und friedliche Art und Weise gelöst, Handelsrichtlinien werden gründlich analysiert und erörtert, und die Regierungen aus aller Welt kommen zu uns, um über den kontinuierlichen Abbau von Handelsschranken zu verhandeln und um die Regeln für den internationalen Wirtschaftsverkehr aufzustellen.«¹

Supachai Panitchpakdi

Das Jahr 2005 ist nicht nur für die Vereinten Nationen ein Jubiläumsjahr, sondern auch für die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO). Vor zehn Jahren, am 1. Januar 1995, wurde in Genf die WTO gegründet. Doch gibt es Grund zum Feiern? Die Reaktionen auf das zehnjährige Bestehen der Organisation fallen – je nach Betrachter – recht unterschiedlich aus. Auf der einen Seite wurden die erweiterte Zuständigkeit der WTO auf Dienstleistungen und geistiges Eigentum, der verbesserte Streitschlichtungsmechanismus



Dr. Claudia Decker, geb. 1971, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Programm ›Globalisierung und Weltwirtschaft‹.

und die stetige Erweiterung der Mitglieder auf heute 148 positiv hervorgehoben.

Auf der anderen Seite wurde die WTO in zunehmenden Maße zur Zielscheibe von Globalisierungskritikern, die ihr vorwerfen, wenig transparent und mit ungenügender demokratischer Legitimation Liberalisierungen zu Lasten der Entwicklungsländer durchzuführen. Daher zogen zahlreiche nichtstaatliche Organisationen (NGOs), wie Attac und WEED, eine negative Bilanz des Jubiläums. Ihrer Meinung nach habe die Feier auf dem Rücken der Armen stattgefunden und die Po-

litik der WTO in den zehn Jahren ihres Bestehens vor allem den Exportinteressen der Industrieländer gedient.²

Entwicklungen

In den zehn Jahren ihres Bestehens hat sich die WTO in vier Bereichen grundsätzlich gewandelt. Erstens, die wachsende Mitgliederzahl; zweitens, die stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer; drittens, die zunehmende Bedeutung des Streitschlichtungsmechanismus und viertens, die stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Fast universelle Organisation

Die Mitgliedschaft des GATT bestand am Ende der Uruguay-Runde aus 128 Staaten. 20 Staaten traten der WTO im Laufe der ersten zehn Jahre bei – damit liegt die Zahl der WTO-Mitglieder heute bei 148. Saudi-Arabien steht kurz vor einer Aufnahme in die WTO, und rund 30 weitere Staaten (darunter Rußland und Iran) verhandeln darüber. Zu den neuen Mitgliedern gehören große Handelsnationen wie China, aber auch kleinere Staaten wie Jordanien oder Kambodscha. Vor allem die Aufnahme Chinas in die WTO als 143. Mitglied am 11. Dezember 2001 hat weitreichende Konsequenzen für den Welthandel. Chinas Wirtschaft ist in den letzten 25 Jahren um durchschnittlich neun Prozent gewachsen. Die Volksrepublik gehört damit heute zu den drei größten Handelsnationen. Mit der Aufnahme in die WTO unterliegt es nun den internationalen Handelsregeln und muß sich an den Liberalisierungsrunden beteiligen. Die WTO ist eine fast universelle Organisation, da ihre Mitglieder rund 90 Prozent des Welthandels erwirtschaften.

Integration der Entwicklungsländer

Während 1947 die Entwicklungsländer knapp die Hälfte der Mitglieder ausmachten, ist ihre Zahl seitdem stetig gewachsen. Heute stammen rund 80 Prozent der WTO-Mitglieder aus dieser Gruppe: Von den gegenwärtig 148 Mitgliedern sind mindestens 120 Entwicklungsländer, wobei es schwierig ist, eindeutige Abgrenzungen festzulegen, da es keine Definitionen der WTO für Entwicklungsländer gibt. Auch der Anteil der Entwicklungsländer am Handel insgesamt ist von rund einem Viertel in den achtziger Jahren auf ein Drittel heute gestiegen. Vor diesem Hintergrund wird oft kritisiert, daß die Entwicklungsländer nicht ausreichend an den Entscheidungsprozessen der WTO beteiligt und deshalb auch häufig in den Verhandlungen übervorteilt werden. Welchen Einfluß haben die Entwicklungsländer heute in der WTO?

Bis zu den Verhandlungen der Uruguay-Runde gehörten die Entwicklungsländer zur ›stillen Mehrheit‹ im GATT; die wichtigen Entscheidungen trafen die großen Handelspartner untereinander. Und obwohl die Entwicklungsländer in der Uruguay-Runde aktiver wurden, fühlten sie sich durch die neuen Übereinkommen (GATS und TRIPS) benachteiligt. Sie hatten sich auf neue Bereiche eingelassen, ohne deren Auswirkungen beurteilen zu können. Im Gegenzug boten die Europäische Union und die USA nur sehr geringe Zugeständnisse im Agrarsektor an.³

Zusätzlich standen in der Uruguay-Runde die so genannten ›Green Room-Gespräche in der Kritik. Der ›Green Room‹ – benannt nach einem kleinen Konferenzraum in der Nähe des Büros des Generaldirektors – wurde häufig zu informellen Konsultationen einer begrenzten Zahl von Staaten genutzt, zu denen immer die ›Großen Vier‹ – EU, Japan, Kanada und die USA – gehörten. Der dort gefundene Kompromiß wurde dann häufig als Konsenslösung dem Plenum mitgeteilt. Die eigentlichen Entscheidungen wurden somit innerhalb einer kleinen exklusiven Gruppe gefällt. Diese mangelnde Partizipation

und Transparenz ging in erster Linie zu Lasten der Entwicklungsländer. So schrieben sechs NGOs in einem Brief an die WTO vom Oktober 2001: ›Die Verfahrensabläufe und Verhandlungen in der WTO werden von einigen wenigen mächtigen Ländern dominiert, viele Delegationen sind weiterhin von informellen Beratungen ausgeschlossen, und es wurde nicht viel dafür getan, faire Rahmenbedingungen zu schaffen.«⁴

Seit Beginn der Doha-Runde im Jahr 2001, hat sich die Rolle der Entwicklungsländer grundlegend geändert. Als sogenannte Entwicklungsrunde verfolgt sie explizit das Ziel, die Entwicklungsländer stärker als bisher ins Welthandelssystem zu integrieren. Die ›Green-Room‹-Gespräche sind mittlerweile abgeschafft und die Entwicklungsländer zu wichtigen Akteure in den Verhandlungen geworden. Ein Beispiel ist die Gruppe der 21+ (G-20)⁵, die sich kurz vor der Ministerkonferenz von Cancún im Jahr 2003 als Reaktion auf den Agrarkompromiß zwischen der EU und den USA gegründet hat. Ohne die Zustimmung der G-20, der unter anderem Brasilien, China und Indien angehören, ist seitdem keine Einigung mehr möglich. So setzte sich im Juli 2004 die sogenannte Gruppe der ›Five Interested Parties‹ (FIPS) zusammen, um Kompromisse für das WTO-Rahmenabkommen von Genf zu finden. Darin waren sowohl die EU, USA und Australien, als auch die großen Handelsnationen Indien und Brasilien (für die G-20) vertreten. Man spricht daher von einer ›neuen Geographie des Welthandels‹⁶. Gleichzeitig nutzen die Entwicklungsländer das WTO-Streitschlichtungsverfahren in zunehmendem Maße, um gegen den Agrarprotektionismus der Industrieländer vorzugehen. So errang zum Beispiel Brasilien Erfolge im Verfahren gegen die europäische Zuckermarktordnung sowie gegen die amerikanischen Baumwollsubventionen. Trotz der bisherigen Erfolge muß die Integration der Entwicklungsländer in die WTO noch weiter vorangetrieben werden. Dabei ist es vor allem notwendig, ihre Verhandlungskapazitäten zu stärken, damit sie ihre Interessen aktiver in die Verhandlungen einbringen können. Gleichzeitig muß ihnen finanzielle und technische Hilfe für die Umsetzung der WTO-Abkommen gegeben werden. Ein Schritt in die richtige Richtung ist der Globale Treuhandfonds für die Entwicklungsagenda von Doha (Doha Development Agenda Global Trust Fund), der im November 2001 mit dem Ziel eingerichtet wurde, Kapazitäten aufzubauen.

Der ehemalige WTO-Generaldirektor, Peter Sutherland, schlug zusätzlich auf einem WTO-Symposium⁷ im April 2005 anläßlich des zehnjährigen Bestehens vor, ein so genanntes ›Senior Officials' Consultative Board‹ einzurichten, in dem hochrangige Handels- und Finanzexperten aus den Mitgliedstaaten spezielle Fragen bezüglich Handel und Entwicklung diskutieren sollen. Nach Ansicht Sutherlands fehlen der WTO wirtschaftspolitische Diskussionen, inwieweit WTO-Regeln einem Land bei seiner Entwicklung unterstützen können. Des weiteren schlug er vor, die Zusammenarbeit zwischen WTO, Weltbank und IWF zu intensivieren, um die Ergebnisse der Diskussionen auch in die Tat umzusetzen. Die WTO sollte an einer ›horizontalen Koordinierung‹ auf gleichberechtigter Basis mit den zwei anderen Organisationen teilnehmen.⁸ Tatsächlich gibt es im Rahmen der WTO keine wirtschaftliche Auseinandersetzung über diese entwicklungspolitischen Themen, so daß die Einrichtung eines solchen Gremiums der Arbeit der WTO sehr förderlich wäre und auch viele Kritiker besänftigen könnte.

Erfolgsmodell Streitschlichtung

Die WTO verfügt mit dem Streitschlichtungsorgan (Dispute Settlement Body – DSB) als einzige internationale Organisation über einen effizienten, internen Durchsetzungsmechanismus. Der Streitschlichtungsmechanismus des GATT hatte große Schwierigkeiten, die internationalen Handelsregeln durchzusetzen und somit die Handelskonflikte zu lösen. Sämtliche Entscheidungen mußten einstimmig

Vom GATT zur WTO

Die WTO ist die Nachfolgerin des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (General Agreement on Tariffs and Trade – **GATT**). Das GATT wurde im Oktober 1947 von 23 Staaten unterzeichnet und trat im Januar 1948 in Kraft. Es geht hauptsächlich auf die Bemühungen der amerikanischen Regierung zurück, die das Ziel hatte, eine Internationale Handelsorganisation (International Trade Organization – ITO) ins Leben zu rufen.

Das GATT sollte ursprünglich nur die handelspolitischen Grundsätze für die geplante ITO festlegen. Die sogenannte Havanna-Charta, die Satzung der ITO, wurde jedoch nie vom amerikanischen Kongress ratifiziert, da dieser befürchtete, sie würde die nationale Souveränität der USA zu sehr einschränken. Daraufhin wurden die bereits ausgehandelten Zollzugeständnisse im GATT provisorisch festgeschrieben.

Seit der Gründung des GATT wurden die Zollsätze – und später auch nichttarifäre Handelshemmnisse – in acht Verhandlungsrunden kontinuierlich abgebaut sowie die Regeln und Verpflichtungen erweitert.

Die letzte und wichtigste GATT-Runde war die Uruguay-Runde von 1986 bis 1994, mit deren Abschluß die Mitgliedstaaten auch der Gründung der WTO zustimmten. Im April 1994 unterzeichneten die GATT-Vertragsparteien in Marrakesch die Abschlußerklärung, und im Januar 1995 wurde die WTO gegründet.

Die WTO ist im Gegensatz zum GATT eine eigenständige internationale Organisation zur Regulierung des Welthandels. Sie beruht als Dachorganisation auf drei vertraglichen Säulen:

- **GATT** 1947 mit den Erweiterungen des GATT 1994;
- **GATS** – Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services) von 1994 und
- **TRIPS** – Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) von 1994.

Die Uruguay-Runde hatte den ursprünglichen GATT-Vertragstext durch zahlreiche Zusatzabkommen über Themen wie Landwirtschaft, technische Handelshemmnisse (Technical Barriers to Trade – TBT), Gesundheits- und Pflanzengesundheitsmaßnahmen (Sanitary and Phytosanitary Measures – SPS) oder Ursprungsregeln (Rules of Origin) erweitert (GATT 1994). Dienstleistungen waren hingegen zum ersten Mal Bestandteil der Verhandlungen. Sie haben einen Anteil von rund 25 Prozent am Welthandel und sind bis heute einer Vielzahl von Handelsschranken ausgesetzt. Das GATS unterscheidet sich insofern von anderen WTO-Übereinkommen, als jedes Land selbst bestimmen kann, welche Verpflichtungen es eingehen will (Request-Offer-Verfahren).

Auch das TRIPS-Übereinkommen behandelt einen neuen Geltungsbereich: Es soll zum einen den Patentreibstahl, zum anderen den unbefugten Gebrauch geistigen Eigentums (Urheberrecht) verhindern.

Alle Mitglieder der WTO müssen nach dem Grundsatz des ›Single Undertaking‹ sämtliche Verträge der WTO unterzeichnen. Die Verpflichtungen wurden jedoch nach dem Entwicklungsgrad eines Landes gestaffelt.

Organisationsstruktur

Das oberste Organ der WTO ist die Ministerkonferenz (Ministerial Conference), die sich aus den Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und mindestens alle zwei Jahre tagt. Die nächste (sechste) Ministerkonferenz findet vom 13. bis 18. Dezember 2005 in Hongkong statt. In der Zeit zwischen den Konferenzen nimmt der Allgemeine Rat (General Council) die Aufgaben der Ministerkonferenz wahr. Dem Allgemeinen Rat wiederum unterstehen der GATT-Rat (Council for Trade in Goods), der GATS-Rat (Council for Trade in Services) und der TRIPS-Rat (Council for Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights). Sie sind für die Überwachung der jeweiligen Übereinkommen zuständig.

Aufgaben

Zu den Hauptaufgaben der WTO gehören:

- die Umsetzung und Weiterentwicklung der WTO-Regeln;
- das Bilden eines Forums für multilaterale Handelsverhandlungen;
- die regelmäßige Überprüfung der Handelspolitiken der einzelnen Mitglieder durch ›Trade Policy Reviews‹ (TPR) und
- die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, vor allem mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Ziele

Die Ziele der WTO sind, durch die Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen weltweit den Lebensstandard zu erhöhen, Vollbeschäftigung und ein hohes Realeinkommen zu sichern sowie die Produktion und den Handel mit Waren und Dienstleistungen auszuweiten. Gleichzeitig sollen die Bedürfnisse vor allem der ärmsten Entwicklungsländer berücksichtigt werden, um ihnen einen angemessenen Anteil am Wachstum des internationalen Handels zu sichern.ⁱ

Grundsätze

Alle Abkommen des GATT und der Nachfolgeorganisation WTO unterliegen allgemeinen Regeln. Die vier wichtigsten Grundsätze:

1. Die in Artikel I GATT festgelegte allgemeine **Meistbegünstigung** (Most Favoured Nation – MFN) ist der zentrale Grundsatz der WTO. Er besagt, daß ein WTO-Mitglied alle Handelsvorteile, die es einem Handelspartner zugesteht, auch allen anderen WTO-Mitgliedern zugestehen muß. (Ähnliche Vorkehrungen sind in Art. II GATS für Dienstleistungen und in Art. 4 TRIPS für den Schutz geistigen Eigentums festgelegt.)
2. Die **Inländerbehandlung** (National Treatment) verpflichtet die Mitgliedstaaten, ausländische Waren und Dienstleistungen nach der Einfuhr nicht schlechter zu behandeln als inländische Waren und Dienstleistungen. Es wird somit eine Diskriminierung zwischen Inland und Ausland verboten (Art. III GATT). (Dieser Grundsatz gilt wiederum auch für das GATS- [Art. XVII] sowie das TRIPS-Übereinkommen [Art. 3], wobei nur diejenigen Dienstleistungen betroffen sind, bei denen sich die Mitglieder zu Liberalisierungen verpflichtet haben.)
3. Der **Grundsatz der Reziprozität** durchzieht das gesamte Vertragswerk der WTO und bildet die Grundlage für die multilateralen Verhandlungen. Was einem Mitglied an Handelsbegünstigungen zugestanden wird, soll es in Gegenseitigkeit auch den anderen Mitgliedern zugestehen. So wurde in der Präambel des GATT festgelegt, daß Vereinbarungen auf ›Grundlage der Gegenseitigkeit und der gegenseitigen Vorteile‹ⁱⁱ stattfinden sollten. (Die Präambel des GATS sowie Art. 7 TRIPS nehmen auch diesen Grundsatz in Anlehnung an das GATT wieder auf. Der Streit-schlichtungsmechanismus der WTO soll wiederum die Gleichwertigkeit der Konzessionen gewähren.)
4. Die Herstellung von **Transparenz** ist Gegenstand von Art. X GATT; darin wird die Veröffentlichung und Anwendung von Handelsvorschriften vorgeschrieben. Wenn sich Länder im Rahmen der WTO zu Liberalisierungen verpflichten, müssen sie diese verbindlich festlegen. Diese Informationspflicht soll Vorhersehbarkeit und Transparenz im Handel sicherstellen. Die eingegangenen Verpflichtungen können auch wieder geändert werden, allerdings nur nach Verhandlungen mit den anderen Mitgliedstaaten. (Das Prinzip der Transparenz wird in Art. III GATS auf Dienstleistungen und in Art. 47 TRIPS auf den Schutz geistigen Eigentums übertragen.)ⁱⁱⁱ

i Vgl. Präambel des Abkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation, engl. Fassung: Agreement Establishing the World Trade Organization, v. 15.4.1994, http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/04-wto.pdf

ii Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT), <http://www.admin.ch/ch/d/sr/6/0.632.21.de.pdf>; Englische Fassung: General Agreement on Tariffs and Trade, Juli 1986, http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_e.pdf

iii Vgl. Richard Senti, WTO: System und Funktionsweise der Welthandelsordnung, Zürich 2000, S. 159f.

getroffen werden, so daß der ›angeklagte‹ Staat praktisch ein Veto-recht besaß. Erschwerend kam hinzu, daß es keinen konkreten Zeitplan zur Durchsetzung von Entscheidungen gab.

In der WTO wurden diese Schwachstellen durch einen neu geschaffenen Rechtsrahmen – den DSB – beseitigt. Dieser sieht weiterhin eine Konsultationsphase vor, allerdings beginnt das Verfahren in den sogenannten Panels (Schiedsgerichten) automatisch, wenn der Konflikt nach 60 Tagen nicht bilateral gelöst werden konnte. Zusätzlich ist es dann möglich, beim Appellate Body (Berufungsinstanz) Berufung gegen den Panelbeschuß einzulegen. Wird das Urteil des Panels beziehungsweise des Appellate Body nicht umgesetzt, kann der betroffene Staat Sanktionen verhängen. Die wichtigste Neuerung ist die automatische Annahme von Panelberichten, die nur noch einstimmig abgelehnt werden können. Gleichzeitig wurde die zeitliche Höchstgrenze des gesamten Schlichtungsverfahrens auf 18 Monate festgelegt. Seit der Gründung der WTO wurden 325 Fälle vor den DSB gebracht, mehr als in den gesamten 46 Jahren des GATT, in denen rund 300 Streitschlichtungsverfahren durchgeführt wurden. Diese überaus häufige Nutzung des Verfahrens macht den DSB zum wichtigsten WTO-Organ.

Die zunehmende Bedeutung des Streitschlichtungsverfahrens in den letzten zehn Jahren wird jedoch auch kritisch gesehen. So warnen Handelsexperten wie Claude Barfield vom American Enterprise Institute zu Recht vor diesem legalistischen System und regen an, den diplomatischen Lösungsmöglichkeiten wieder mehr Spielraum einzuräumen. Das Problem liegt darin, daß die WTO-Panels und der Appellate Body auf bestehende Handelsregeln angewiesen sind, die teilweise unklar und widersprüchlich formuliert wurden, und somit offen für Interpretationen sind. Dadurch besteht die Gefahr, daß zunehmend bindende Regeln durch die Urteile des Schiedsverfahrens entstehen und nicht durch multilaterale Verhandlungen. Die WTO-Mitgliedstaaten stimmen bei wichtigen regulatorischen Themen, wie zum Beispiel dem Verbraucherschutz, nicht überein, die dann im Panelverfahren für die Beteiligten rechtsverbindlich entschieden werden. Bei ›sensiblen Fällen‹ sollten daher die diplomatischen Lösungsmöglichkeiten durch bilaterale Konsultationen gestärkt werden.⁹

Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde Transparenz der Entscheidungen. Daher schlug James Bacchus, langjähriges Mitglied des Appellate Body, auf dem WTO-Symposium vor, die Panelverfahren sowie die Anhörungen des Appellate Body für die Presse zu öffnen; die Beratungen der Gremien sollten allerdings nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Durch eine Öffnung könnte mehr Transparenz erreicht und gegen dem Vorwurf entgegenwirken, die wichtigen Entscheidungen der WTO fänden hinter verschlossenen Türen statt. Im September 2005 wurde auf Wunsch der beteiligten Staaten zum ersten Mal die Öffentlichkeit eingeladen, an den mündlichen Verhandlungen über den sogenannten Hormonstreit zwischen der EU und USA/Kanada teilzunehmen. Es ist gut möglich, daß dieser Fall zu einem Präzedenzfall wird, der zu einer generellen Öffnung der Verfahren führt. Allerdings sind nach wie vor viele Entwicklungsländer gegen eine solche Öffnung, da sie eine Beeinflussung durch die Öffentlichkeit befürchten.

Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Der WTO wird häufig vorgeworfen, nicht eng genug mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. In der Tat hat die WTO in erster Linie informelle Kontakte mit NGOs, doch die Zusammenarbeit wurde im Laufe der Jahre ausgeweitet. So verabschiedete der Allgemeine Rat 1996 Richtlinien für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Seitdem können NGOs und Verbände als Beobachter an den WTO-Ministerkonferenzen teilnehmen, und es werden regelmäßig Symposien zu speziellen Themen der WTO abgehalten. Dies führte dazu, daß die Anzahl der teilnehmenden NGOs von 108 (1996 in Singapur) auf 795 (2003 in Cancún) anstieg. Zusätzlich beschloß der

Allgemeine Rat im Jahr 2002, daß die Veröffentlichung von WTO-Dokumenten schneller zu bewerkstelligen sei.¹⁰ Der Dialog wurde somit bereits deutlich verstärkt, auch wenn die WTO zu Recht weiterhin eine zwischenstaatliche Organisation bleibt, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten die Entscheidungen fällen. Die Konsultationen und der Dialog zwischen WTO-Sekretariat und NGOs sollten jedoch weiter ausgebaut werden. Insbesondere sollte man versuchen, NGOs in Entwicklungsländern zu unterstützen, um ihnen eine stärkere Beteiligung zu ermöglichen.

Reformvorschläge

Forderungen nach institutionellen Reformen der WTO gab es seit ihrer Gründung, wurden aber besonders nach dem Scheitern der Ministerkonferenzen von Seattle im Jahr 1999 und Cancún 2003 immer lauter. Die wichtigsten Kritikpunkte betreffen die demokratische Legitimation der WTO, ihre Entscheidungsprozesse sowie die Durchführung der Ministerkonferenzen.

Mitwirkung der Parlamente

Von seiten vieler NGOs und Entwicklungsländer wird der WTO ein Demokratiedefizit vorgeworfen. In der Tat betreffen WTO-Regeln zunehmend sensible Bereiche, die tief in die Souveränität der Staaten eingreifen. Dazu gehören Aufgaben wie Verbraucherschutz oder Schutz der Gesundheit von Menschen und Tieren. Wäre es daher nicht sinnvoll, die nationalen Parlamente stärker in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen?

In der WTO sind die Mitgliedstaaten durch ihre Regierungen vertreten; die ausgehandelten Verträge müssen dann von der Legislative im eigenen Land ratifiziert werden. Die Parlamentarier sind jedoch nicht unmittelbar an den Verhandlungen beteiligt und müssen die Verträge häufig in kürzester Zeit verabschieden. Eine Ausnahme bildet der amerikanische Kongreß: Wenn dieser dem Präsidenten die so genannte ›Trade Promotion Authority‹ (TPA) gewährt, muß sich der Präsident während der gesamten Verhandlungen eng mit dem Kongreß abstimmen. Im Gegenzug kann dieser den ausgehandelten Vertrag nur noch im Ganzen annehmen oder ablehnen. Die TPA bedeutet somit eine echte Mitbestimmung im Verhandlungsprozeß. Im Gegensatz dazu beschäftigen sich der Deutsche Bundestag und andere europäische Parlamente in der Regel erst mit den Verhandlungen, wenn die Ratifikation kurz bevorsteht.¹¹ Der Bundestag wird zwar laufend über die Verhandlungen informiert, es gibt jedoch kaum eine ernsthafte Debatte und häufig auch nur wenig Interesse bei den Abgeordneten.

Um dieses Defizit an demokratischer Legitimation zu beseitigen, wird häufig vorgeschlagen, bei der WTO eine beratende Kammer für die nationalen Parlamente einzurichten, eine Art Konsultationsgremium. Mit dieser Frage setzen sich auch Abgeordnete der Interparlamentarischen Union (IPU) und des Europäischen Parlaments auseinander. Sie gründeten 2001 eine Parlamentarische Konferenz zur WTO (Parliamentary Conference on the WTO), die sich einmal im Jahr mit dem Ziel trifft, die multilateralen Verhandlungen durch eine parlamentarische Dimension zu ergänzen. In ihrer Erklärung vom November 2004 beantragten sie, in die Abschlusserklärung von Hongkong folgenden Satz zu integrieren: »Die Transparenz der WTO sollte durch eine enge Einbindung von Parlamenten in ihre Tätigkeiten verbessert werden.«¹²

Auch wenn ein parlamentarisches Konsultationsgremium die Transparenz erhöhen würde, würde dies die bereits komplizierte Beschlußfassung in der WTO weiter erschweren. Eine bessere Lösung läge wahrscheinlich darin, die Parlamente auf nationaler Ebene noch stärker in den Entscheidungsprozeß mit einzubeziehen und zu informieren. Gleichzeitig sollte die Zusammenarbeit mit der IPU verstärkt werden.

Mehrheit statt Konsens?

Problematisch ist auch das Konsensprinzip, das den Entscheidungen der WTO zugrunde liegt, und eine Einigung bei 148 Mitgliedern äußerst schwierig macht. Jedes Land hat eine Stimme, so daß es theoretisch von seinem Vetorecht Gebrauch machen und Entscheidungen gegen den Willen der Mehrheit blockieren kann. Auf der Ministerkonferenz von Cancún wurde deutlich, wie schwer es mittlerweile ist, eine Einigung im Konsensverfahren zu erzielen. Dies war auch der Grund, warum der damalige EU-Außenhandelskommissar und heutige Generaldirektor der WTO, Pascal Lamy, nach dem Scheitern der Konferenz die WTO als ›mittelalterlich‹ bezeichnet hatte.

Diese Probleme stehen im deutlichen Gegensatz zur Effizienz der Entscheidungen des Streitschlichtungsmechanismus. Die Beschlüsse des Panels benötigen lediglich eine einfache Mehrheit, und der Bericht wird automatisch vom DSB angenommen. Sollte daher die Mehrheitsentscheidung in den multilateralen Verhandlungen praktiziert werden, um die politische Entscheidungskraft zu stärken? Die Expertengruppe unter Peter Sutherland¹³ kam zu dem Schluß, daß man das Konsensprinzip beibehalten solle, da es sicherstelle, daß auch die kleineren Staaten in den Kompromissen berücksichtigt würden. Da die WTO mittlerweile sehr sensible Bereiche behandelt, wäre zudem kein Land bereit, sich einem Mehrheitsbeschluß unterzuordnen. Die Expertengruppe schlug jedoch vor, daß der Mitgliedstaat, der gegen eine breite Mehrheit eine Entscheidung blockiert, schriftlich darlegen muß, warum diese Haltung von grundlegendem nationalem Interesse getragen ist. Zusätzlich wurde überlegt, ob Verpflichtungen in der WTO für Mitgliedstaaten variieren könnten (›variable Geometrie‹). Dies gäbe zwar einerseits einer Gruppe von Ländern die Möglichkeit, in plurilateralen Abkommen schneller neue Regeln aufzustellen, andererseits würde dieser Ansatz die WTO zunehmend zersplittern. Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, den GATS-Listenansatz, in dem die Verpflichtungen der WTO-Mitgliedstaaten im einzelnen aufgelistet werden, auf weitere Bereiche zu übertragen.¹⁴ Insgesamt wäre es sinnvoll, die Vorteile plurilateraler Verhandlungen über weitere Liberalisierungen außerhalb der Doha-Runde zu untersuchen; diese müßten dann jederzeit für neue Mitglieder offenstehen.

Problem Ministerkonferenzen

Andere Reformvorschläge gehen dahin, die Vorbereitung und Durchführung der WTO-Ministerkonferenzen zu verbessern. Das Scheitern von zwei der bisherigen Ministerkonferenzen seit der Gründung der WTO (Seattle und Cancún) machen den Reformbedarf dieser Konferenzen deutlich.

Hauptproblem ist, daß die Agenda der Konferenzen in aller Regel überfrachtet ist. Gleichzeitig bestehen immer noch alte Verhaltensmuster: Kaum ein Land ist bereit, von Beginn der Konferenz an ernsthaft zu verhandeln, um nicht zu schnell seine Trümpfe aus der Hand zu geben. Diese Verhandlungsmethode war erfolgreich, als sich nur die USA und die EU im Grundsatz einigen mußten und alle anderen Länder mitzogen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es jedoch zahlreiche unterschiedliche Gruppen, die alle ein Mitspracherecht fordern und ohne die ein Kompromiß nicht mehr möglich ist. Daher wäre es sinnvoll, bereits vor der Konferenz sogenannte ›Fazilitatoren‹ für die einzelnen Verhandlungsbereiche zu benennen, um eine bessere Vorbereitung zu ermöglichen. Des weiteren sollten auch die Entwicklungsländer ihre Handelsinteressen genau definieren, um konstruktive Verhandlungen zu ermöglichen. Die Expertengruppe schlug außerdem vor, die Ministerkonferenz nicht nur alle zwei Jahre, sondern jedes Jahr abzuhalten, wie Weltbank und IWF. Zusätzlich sollte alle fünf Jahre ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs stattfinden, um den Verhandlungen mehr politisches Gewicht zu verleihen.¹⁵

Herausforderungen

Obwohl sich die WTO in vielen Bereichen erfolgreich reformiert hat, steht sie vor zwei großen Herausforderungen: zum einen der Trend zur Regionalisierung und zum anderen der erfolgreiche Abschluß der Doha-Runde. Beide Entwicklungen könnten die Glaubwürdigkeit der WTO als Institution ernsthaft gefährden.

Zunehmende Regionalisierung

Der Sutherland-Bericht geht davon aus, daß die größte Gefahr für die WTO in der zunehmenden Zahl sogenannter präferentieller Handelsabkommen liegt. Präferentielle Abkommen (Preferential Trade Agreements – PTAs) sind wirtschaftlich und politisch umstritten, da sie bestimmten Mitgliedstaaten Vergünstigungen einräumen, die Drittländer nicht erhalten. Somit wird der Grundsatz der Meistbegünstigung ausgehöhlt, der einen der Grundpfeiler und einen der größten Vorteile der WTO darstellt. Mittlerweile ist die Meistbegünstigung nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme. Beispielsweise gelten nur für fünf Handelspartner der EU Zölle auf MFN-Basis; alle anderen haben besondere Konditionen.

Prinzipiell erlaubt die WTO Präferentielle Abkommen als Ausnahme zur allgemeinen Meistbegünstigung, wobei bestimmte Grundsätze eingehalten werden müssen, die in Artikel XXIV (GATT) und Artikel V (GATS) aufgeführt sind. Darin werden unter anderem folgende Regeln aufgestellt: Die Zölle und anderen Handelsregeln dürfen nach Abschluß des PTA in ihrer Gesamtheit nicht höher oder restriktiver sein als vorher. Zusätzlich sollen die Zölle für annähernd den gesamten Handel (substantially all trade) abgebaut werden. Geplante Abkommen müssen der WTO gemeldet werden.

Von 1947 bis 1994 waren 124 PTAs beim GATT gemeldet worden. Im Januar 2005, zehn Jahre nach Gründung der WTO, waren 162 PTAs in Kraft und bis Ende 2007 werden es voraussichtlich bis zu 300 sein. Im Juli 2003 gab es nur drei WTO-Mitglieder – Macau/China, Taiwan und die Mongolei –, die nicht Partei eines regionalen Abkommens waren. Mittlerweile existiert eine Vielzahl von PTAs, die sich häufig gegenseitig überlappen und zum Teil nichtkompatible Regeln, wie zum Beispiel die Ursprungsregeln, enthalten. Dies führt zu Verzerrungen im internationalen Handel.

Die Übereinstimmung von PTAs mit WTO-Regeln wird im WTO-Ausschuß für regionale Handelsabkommen (Committee on Regional Trade Agreements – CRTA) überprüft. Allerdings wurde bisher die Beurteilung in keinem Fall abgeschlossen. Dies ist wenig verwunderlich, da die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Ausschusses im Konsens, das heißt, einschließlich der betroffenen Parteien, beschlossen werden müssen. Die meisten PTAs sind jedoch sehr unspezifisch und stimmen nicht mit WTO-Vereinbarungen überein.¹⁶

Um diese Erosion des internationalen Handelssystems aufzuhalten, muß im Rahmen der Doha-Runde die Anwendung des Artikels XXIV GATT konkretisiert und die Zölle auf Basis der Meistbegünstigung abgebaut werden. Das hätte nämlich zur Folge, daß sich regionale Abkommen nicht mehr lohnen. Die WTO sollte das Hauptverhandlungsforum bleiben, da auch nur in diesem Rahmen sichergestellt werden kann, daß schwächere Länder ihre Interessen auf gleicher Ebene gegen große Handelsnationen durchsetzen können.

Die Doha-Runde

Eine weitere Gefahr für die WTO besteht darin, daß die im November 2001 in Katar ins Leben gerufene Entwicklungsagenda von Doha scheitert. Ursprünglich wollten sich die WTO-Mitgliedstaaten auf der Ministerkonferenz in Honkong auf die Modalitäten (Prozentzahlen zur Kürzung von Agrarsubventionen und Importzöllen) einigen. Das Treffen der FIPS Anfang November 2005 in London brachte je-

doch kein Ergebnis, wie auch das anschließende Treffen in Genf im Kreis von 20 WTO-Mitgliedstaaten. Durch das Scheitern der Gespräche ist ein erfolgreicher Abschluß der Doha-Runde im Jahr 2006 unwahrscheinlich geworden. Geplant war, die Doha-Runde bis Ende 2006 abzuschließen, da Mitte 2007 die TPA der USA ausläuft. Eine Einigung in Hongkong im Dezember 2005 wäre somit wichtig gewesen, um das Abkommen in den amerikanischen Kongreß einzubringen, bevor die TPA ausläuft.

Der strittigste Punkt ist nach wie vor die Landwirtschaft. Sie macht zwar nur rund neun Prozent des Welthandels aus, ist jedoch für viele Entwicklungsländer von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung. Ohne weitreichende Zugeständnisse der Industrieländer – allen voran der EU – wird es keinen erfolgreichen Abschluß der Runde geben. Um die Runde wiederzubeleben, hatten die USA Anfang Oktober 2005 ein Angebot vorgelegt, in dem sie sich bereit erklärten, die Zölle im Agrarbereich um bis zu 90 Prozent und die internen Beihilfen um 60 Prozent zu senken. Im Gegenzug bot die EU – trotz des Widerstands von Frankreich – an, ihre Zölle um durchschnittlich 46 Prozent zu kürzen. Gleichzeitig behielt sie sich jedoch vor, bis zu acht Prozent der Produkte als »sensibel« zu deklarieren und von den Zollsenkungen auszunehmen. Zusätzlich sollten die Agrarsubventionen um 70 Prozent reduziert werden. Die Zollsenkungen gingen jedoch sowohl den USA als auch der G-20 nicht weit genug. Es ist äußerst zweifelhaft, ob Europa ein besseres Verhandlungsangebot vorlegen wird, da EU-Handelskommissar, Peter Mandelson, bereits jetzt unter starkem Druck von Frankreich steht.

Die Industrieländer sind vor allem an Zollsenkungen bei Industriegütern interessiert. Zahlreiche Entwicklungsländer, allen voran die G-20, sind jedoch nicht bereit, ohne Zugeständnisse im Agrarbereich über diesen Bereich zu verhandeln (Parallelismus). Auch die Dienstleistungsverhandlungen hinken dem Zeitplan hinterher. Die Frist, bis Mai 2005 neue und verbesserte Angebote vorzulegen, verstrich weitgehend ungenutzt. Während Entwicklungsländer vor allem die Möglichkeit der Entsendung von Arbeitskräften ins Ausland fordern (Modus 4), sind die Industrieländer an Zugeständnissen bei Investitionen (Modus 3) interessiert. Im Juni 2005 lagen lediglich 61 Angebote auf dem Tisch (die EU zählt als ein Angebot), 63 Länder hatten noch nicht einmal eines unterbreitet. Es müssen somit noch einige Anstrengungen unternommen werden, damit die Dienstleistungsverhandlungen nicht scheitern.

Somit stehen die Chancen für einen Durchbruch in Hongkong sehr schlecht. Die EU hofft, möglicherweise ein Entwicklungspaket zu verabschieden, das einen freien Marktzugang für alle LDCs (least developed countries) vorsieht. Gleichzeitig gibt es das Ziel, eine sogenannte zweite Annäherung (second approximation) bei den Modalitäten zu finden. Die Erwartungen an Hongkong wurden somit bereits im Vorfeld gedämpft.

Wenn die Doha-Runde scheitert, wird die WTO insgesamt als Institution enorm geschwächt und es wird fast unmöglich sein, neue Verhandlungsrunden ins Leben zu rufen. In der Folge werden die Mitgliedstaaten verstärkt bilaterale und regionale Abkommen schließen, die wiederum den Grundsatz der Meistbegünstigung unterlaufen. Es ist daher wichtig, daß sich die großen Handelspartner – vor allem die USA und EU –, aber auch Schwellenländer wie China, Brasilien und Indien auf höchster Ebene für einen Erfolg der Doha-Runde einsetzen. Reine Absichtserklärungen reichen nicht mehr aus. Um der EU mehr Handlungsfähigkeit zu verschaffen, wäre es zum Beispiel sinnvoll, wenn Brasilien, Indien und weitere größere Schwellenländer Angebote in anderen Sektoren machen würden (Industriegüter, Dienstleistungen), um die Verhandlungen ausgewogener zu gestalten. Dies könnte es wiederum der EU ermöglichen, den Widerstand in den eigenen Reihen zu brechen und die Agrarzölle stärker als bisher zu senken. Die Chance einer Einigung in Hongkong sollte nicht ungenutzt verstreichen, auch wenn die Zeichen schlecht stehen.

Grund zum Feiern

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß der zehnte Jahrestag der WTO ein Grund zum Feiern ist. Wie der Titel des Symposiums in Genf bereits betonte: Globale Probleme erfordern multilaterale Lösungen. Die WTO ist daher nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Ohne die verbindlichen Regeln und den Streitschlichtungsmechanismus der WTO gäbe es Unsicherheiten, Konflikte und möglicherweise Chaos im internationalen Handel.

Trotzdem steht die WTO häufig im Zentrum der Vorwürfe der Globalisierungskritiker. Dabei hat sie sich mit Erfolg darum bemüht, die Entwicklungsländer stärker in den Prozeß einzubinden und die Transparenz nach außen zu erhöhen. Es gibt zahlreiche Vorschläge für institutionelle Reformen; das wichtigste Ziel ist zur Zeit jedoch der erfolgreiche Abschluß der Doha-Runde. Daher betonte Lamy nach seiner Wahl zum WTO-Generaldirektor, daß dies seine »erste, zweite und dritte Priorität«¹⁷ sei.

GATT und WTO galten bislang allgemein als Erfolgsgeschichte. Doch nun ist zum ersten Mal ein Zeitpunkt gekommen, an dem sich auch die Zukunft der WTO entscheidet. Wenn es die Doha-Runde nicht schafft, ihrem Namen als Entwicklungsrunde gerecht zu werden, wird die WTO als Institution enorm geschwächt und deutlich an politischer Bedeutung verlieren (auch für die EU und die USA). Die Folge davon könnte sein, daß sich diese Länder stärker dem Bilateralismus zuwenden werden.

- 1 Vgl. The WTO after 10 Years: The Lessons Learned and the Challenges Ahead, Rede des ehemaligen WTO-Generaldirektors Supachai Panitchpakdi, 11.3.2005, http://www.wto.org/english/news_e/spsp_e/spsp35_e.htm; Übersetzung durch Verfasserin.
- 2 Vgl. Christina Deckwirth, Wer feiert den Jahrestag der Welthandelsorganisation? Eine kritische Bilanz eines Jahrzehnts WTO-Politik, http://www.attac.de/wto/10awto_cd.pdf
- 3 Vgl. Stormy Mildner, Welthandel und Entwicklungsländer. Chancen der Doha-Runde für die Dritte Welt?, Internationale Politik, 57. Jg., 6/2002, S. 29–36, hier S. 29f.
- 4 Vgl. WWF/CIEL/IATP/act/onaid/Friends of the Earth/Oxfam, Open Letter on Institutional Reforms, Oktober 2001, http://www.oxfam.org/eng/pdfs/pp0110_reform_in_WTO.pdf
- 5 Die Mitglieder der G-21+, die später in die G-20 umbenannt wurde, sind Ägypten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Guatemala, Indien, Indonesien, Kuba, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Philippinen, Südafrika, Tansania, Thailand, Venezuela und Simbabwe. Diese Gruppe hat keine Verbindung zur gleichnamigen G-20, bestehend aus Industrie- und Entwicklungsländern, die sich 1999 als informelles Forum auf Anregung der G-7-Finanzminister gründete.
- 6 Der Ausdruck »new geography of international trade« wurde von Brasiliens Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und UN-Generalsekretär Kofi Annan auf der UNCTAD XI., 13.–18. Juni 2004 in São Paulo, geprägt; Vgl. Rede von Kofi Annan bei der Eröffnung der Konferenz am 14. Juni, http://www.un.org/webcast/unctadxi/speeches/14_sg_eng.pdf
- 7 »WTO After 10 Years: Global Problems and Multilateral Solutions«, WTO Public Symposium, 20.–22. April 2005, Genf.
- 8 Vgl. Rede von Peter Sutherland beim WTO Public Symposium, High Level Session on WTO's Institutional Challenges, 20.4.2005; http://www.wto.org/english/news_e/events_e/symp05_e/speech_sutherland_e.doc
- 9 Vgl. Claude E. Barfield, WTO Dispute Settlement System in Need of Change, *Inter-economics*, 37. Jg., 3/2002, S. 131–134; Guido Glania, Various Approaches for Institutional Reforms Within the WTO, *Aussenwirtschaft*, 59. Jg., 1/2004, S. 7–28, hier S. 9ff.
- 10 Procedures for the Circulation and Derestriction of WTO Documents, WTO (Allgemeiner Rat) WT/L/452, Entscheidung v. 14.5.2002, <http://docsonline.wto.org/help/faq/frames1/derestriction.htm>.
- 11 Vgl. Glania, a.a.O. (Anm. 9), S. 18f.
- 12 Vgl. Brussels Session of the Parliamentary Conference on the WTO, 24.–26. November 2004, Declaration, verabschiedet am 26. November 2004, <http://www.ipu.org/splz-e/Trade04/declaration.htm>
- 13 WTO-Generaldirektor Supachai Panitchpakdi hatte im Juni 2003 eine Expertengruppe beauftragt, Empfehlungen für eine Reform der WTO auszuarbeiten. Die Gruppe, unter der Leitung von Peter Sutherland, legte ihren Bericht am 17. Januar 2005 vor, vgl. Peter Sutherland et al., *The Future of the WTO: Addressing Institutional Challenges in the New Millennium*, Genf 2005.
- 14 Vgl. Sutherland et al., a.a.O. (Anm. 13), S. 61f; Glania, a.a.O. (Anm. 9), S. 9f.
- 15 Vgl. Sutherland et al., a.a.O. (Anm. 13), S. 69f.
- 16 So betonte Razzen Sally: »Leider sind starke, WTO-plus-PTAs die Ausnahme und nicht die Regel. Die meisten PTAs – insbesondere jene zwischen Entwicklungsländern – sind schwach und bleiben hinter WTO-Bestimmungen zurück.« Vgl. Razzen Sally, *Trade, Development, International Institutions: 2005 and Beyond*, Conference Paper, WTO Public Symposium, a.a.O. (Anm. 7).
- 17 Vgl. Erklärung von Lamy, 26.5.2005, http://www.wto.org/english/news_e/news05_e/stat_lamy_26may05_e.htm